



Foto: AP

EDMUND STOIBER BENENNT GÜNTHER BECKSTEIN

Null Toleranz gegenüber Gewalt und Kriminalität

Zusammen mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel hat der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, am 9. August in Berlin den bayerischen Innenminister Günther Beckstein als achttes Mitglied seines Kompetenzteams vorgestellt.

Beckstein ist zuständig für innere Sicherheit und Zuwanderung. Die Merkmale

seiner Politik in Bayern: klares Konzept und überzeugende Erfolge. Edmund Stoiber: „Seit 14 Jahren sorgt er für die innere Sicherheit im Freistaat. Was er hier erreicht hat, hat Vorbildfunktion für ganz Deutschland, nämlich ■ Null-Toleranz gegenüber Gewalt und Kriminalität und ■ keine rechtsfreien Räume.“

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANGELA MERKEL
auf Wahlkampf-Tour:
Mit den leeren Versprechungen der Bundesregierung muss endlich Schluss sein. Jetzt ist Zeit für Taten

SEITE 4-5

DOKUMENTATION
Günther Beckstein: Die innere Sicherheit hat den Charakter eines sozialen Grundrechts. Erklärung vor der Bundespresskonferenz am 9. August in Berlin

Umweltpolitik ist bei der CDU Chefsache

EDMUND STOIBER:

Innere Sicherheit hat für viele Menschen den Namen **Beckstein**

„Jede mögliche Hilfe“ – und die „schnell“ – muss jetzt für die vom Hochwasser betroffenen Menschen geleistet werden.

Das hat die Parteivorsitzende in einem Interview mit der Welt gefordert und gleichzeitig davor gewarnt, „mit der Not und mit den Sorgen der Menschen Wahlkampf“ zu machen.

Entschieden wies Angela Merkel in diesem Zusammenhang die Kritik daran zurück, dass das Kompetenzteam von Edmund Stoiber keinen Fachmann für Umweltpolitik aufweise.

- Die Umweltpolitik sei bei der CDU „Chefsache“.
- Die Umweltpolitik nehme im Regierungsprogramm von CDU und CSU einen hervorragenden Platz ein.
- Das Thema Nachhaltigkeit werde von ihr selber als ehemaliger Umweltministerin gut vertreten.

Fortsetzung von Seite 1
Der Verlauf der Münchner Chaostage hat erst wieder gezeigt, dass Becksteins Strategie der richtige Weg ist: Nicht eine Scheibe ist in München zu Bruch gegangen – ganz im Gegensatz zu den entsprechenden Veranstaltungen in Dortmund und in Hannover, wo Schäden in Millionenhöhe entstanden sind.

Günther Beckstein hat in Bayern die „Sicherheitswacht“ eingeführt und damit auch in anderen Bundesländern den Anstoß gegeben, für mehr Sicherheit auf der Straße und in den Wohnvierteln zu sorgen.

„Ein soziales Grundrecht“ ist für Günther Beckstein die innere Sicherheit. Wo ihm Geltung verschafft wird, so Stoiber, „können die Menschen angstfrei leben“. Wo nicht, „leiden vor

allem diejenigen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich private Schutzvorkehrungen nicht leisten können“.

Edmund Stoiber: „Sicherheit und Freiheit sind für uns keine Gegensätze, sondern untrennbar miteinander verbunden. Leider gilt das nicht für die rot-grüne Sicherheitspolitik, die sich durch Inkonsequenz, Halbherzigkeit und falsch verstandene Liberalität auszeichnet.“

Sieben Grundsätze hat der strategische Ansatz der Union:

- sicherheitspolitische Themen energisch aufgreifen
- auf neue Kriminalitätsentwicklungen sofort reagieren
- gegen Kriminalität aller Art konsequent einschreiten

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax: (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

EDMUND STOIBER:

■ keine rechtsfreien Räume dulden ■ die Allgemeinheit wirkungsvoll vor gefährlichen Gewaltverbrechern schützen ■ die Kriminalprävention zusammen mit einer umfassenden gesamtgesellschaftlichen Sicherheitspartnerschaft kontinuierlich ausbauen ■ dem Opferschutz Vorrang geben.

Zum Thema Zuwanderung erklärte Edmund Stoiber, dass seine Regierung nach den Bundestagswahlen das rot-grüne Gesetz novellieren werde: „Wir werden ein neues Gesetz vorlegen, das Zuwanderung wirklich steuert und begrenzt und die Integration der hier lebenden Ausländer wirklich fördert.“

Besonders wichtig sei dabei für eine uniongeführte Bundesregierung, dass angesichts von vier Millionen Arbeitslosen die Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte Vorrang vor Zuwanderung hat.

Was die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft betrifft, müssen wir dafür sorgen, „dass nicht nur die sozial Schwächeren zum Beispiel in Berlin-Kreuzberg, Hamburg-Wilhelmsburg und München-Hasenbergl nicht zusätzlich zu ihren eigenen Belastungen auch die Last der Integration tragen müssen.“

Drei große Herausforderungen, die vor uns liegen

- Die Abwehr der Gefahren, die vom globalen Terrorismus und von fundamentalistischen islamischen Strömungen drohen.
- Das Zurückdrängen der Kriminalität durch konsequente Politik für die innere Sicherheit unter dem Motto: „Wehret den Anfängen“.
- Im Bereich der Zuwanderung wollen wir Regelungen, die im deutschen Interesse und im Interesse unserer arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen und die Stabilität unserer Gesellschaft wahren.

Angela Merkel: Die richtige Wahl für diese wichtige Aufgabe

„Ich freue mich über die Berufung von Günther Beckstein in das Kompetenzteam“, erklärte die Parteivorsitzende vor der Bundespressekonferenz am 9. August in Berlin und betonte: „Beckstein ist die richtige Wahl für diese wichtige Aufgabe.“

Beckstein sage nämlich nicht nur, was zu tun ist. Er setze seine Vorhaben auch um. Anders als bei dem noch amtierenden Bundesinnenminister Otto Schily fallen bei dem bayerischen Staatsminister Worte und Taten nicht auseinander, sondern stimmen überein.

Angela Merkel erinnert an den 13. August vor 41 Jahren

Die Parteivorsitzende hat am Jahrestag des Mauerbaus der Opfer der kommunistischen Gewalt Herrschaft in Ostdeutschland gedacht. Sie legte an der Gedenkstätte Bernauer Straße in Berlin einen Kranz nieder und rief dazu auf, die Erinnerung an die Toten gerade bei jungen Menschen wach zu halten. Angela Merkel: „Es lohnt sich, für die Freiheit zu kämpfen und sich von diesem Weg der Freiheit nicht abbringen zu lassen.“



Fotos: Matthias Ahlke

Zweitausend wollen Angela Merkel reden hören und sind deshalb am 12. August auf den Domplatz in Münster gekommen. Großer Applaus begleitet sie auf ihrem Weg zur Bühne. Die sechs münsterländischen Bundestagskandidaten sind auch mit dabei.

„Ein wesentliches Verdienst von Ihnen, liebe Frau Merkel“, begrüßt der Direktkandidat für Münster, Ruprecht Polenz, die Parteivorsitzende, „ist, dass CDU und CSU geschlossen in den Wahlkampf ziehen.“ Wie sie Geschlossenheit und Einmütigkeit herstellt – davon gibt Angela Merkel auch hier wieder ein überzeugendes Beispiel: Wie sie kämpferisch und ohne „hochtrabende Worte“ die politischen Ziele der Union erklärt – egal ob in der Bildungs- oder Familienpolitik, in der Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik –, das findet bei ihren Zuhörern ungeteilte Zustimmung. „Sie packt die Sachen an“, schnappt der



ANGELA MERKEL AUF WAHLKAMPFTOUR

Mit den vielen Worten muss endlich Schluss sein, jetzt ist **Zeit für Taten**

Reporter der *Münsterschen Zeitung* auf „Das kommt gut rüber“, notierter. Und: „Eine schlagfertige Politikerin!“

Entsprechend „kurz und bündig“ die Schlussfolgerung ihrer Wahlkampfrede, in der sie – fast beschwörend – die Wählerinnen und Wähler dazu auffordert, mit zu helfen, dass „am 22. September die Weichen in Deutschland neu gestellt werden“ können.

„Zutrauen in die eigene Leistungsstärke“ soll wieder zum Zuge kommen – nicht länger das Vertrauen

auf immer neue bürokratische Lösungen der Probleme. Schritt für Schritt soll Deutschland vom letzten Platz in Europa auf fast allen wichtigen Politikfeldern wieder nach vorne kommen und auch den einzelnen Menschen soll es – wie sie sagt – möglich sein, das aus sich zu machen, was in ihnen steckt“.

Anders als die Regierung Schröder, die die Menschen bevormunde, traue ihnen die CDU zu, dass sie als mündige Bürger eigenverantwortlich und mit großem persönlichen En-

gagement zu einem neuen Aufschwung in diesem Land ihren Beitrag leisten.

Dieselben Themen in Osnabrück, wo 3.500 Zuhörer auf den Nikolaiort gekommen sind. Angesichts der hohen Verschuldung der Stadt ist ein weiteres Thema die schlimme Finanzlage der Kommunen: Schröder und sein Finanzminister haben sie zu verantworten.

Angela Merkel: „Mit einer umfassenden Gemeindefinanzreform nach der Wahl wird die Union hier Abhilfe schaffen.“

LOTHAR SPÄTH ZU DEN HARTZ-VORSCHLÄGEN:

Spiegelbild der Untätigkeit und Unfähigkeit der Regierung Schröder

Statt die strukturellen Probleme der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu bekämpfen, hat die Bundesregierung vier Jahre das Gegenteil dessen getan, was wirtschaftspolitisch notwendig gewesen wäre: ■ eine Steuerreform gegen den Mittelstand ■ eine Ökosteuerbelastung für die Verbraucher ■ bürokratische Belastungen ■ ein unnötiges Scheinselbstständigkeitsgesetz ■ eine Erweiterung des Betriebsverfassungsrechts ■ die Abschaffung eines funktionierenden Niedriglohnsektor.

Das Ergebnis ist: Deutschland ist Schlusslicht in Europa beim Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit ist mitten im Sommer auf über 4 Millionen gestiegen. Ostdeutschland fällt weiter zurück. Die Arbeitslosenquote ist dort auf dramatische 18% gewachsen.

Katastrophal ist der Mangel an Lehrstellen: Jeder zweite Schulabgänger wird in diesem Herbst keinen Ausbildungsplatz finden. In Ostdeutschland werden vier von fünf Schulabgängern leer ausgehen!



Im ersten Halbjahr 2002 sind die Unternehmensinsolvenzen noch einmal um 25 % gestiegen. Die Staatsverschuldung steigt an, der *Blaue Brief* aus Brüssel droht erneut. Der Zuschussbedarf der Bundesanstalt für Arbeit hat sich mit 3,5 Mrd. Euro in diesem Jahr fast verdoppelt.

Da ist es kein Wunder, dass sich der Bundeskanzler offenbar nicht mehr zutraut, Probleme anzugehen wie die Neuorganisation der Arbeitsverwaltung, die Öffnung des Niedriglohnsektors, arbeitsplatzsichernde Investitionsprogramme in den neuen Ländern. Offensichtlich sind die Verantwortlichen mit diesen Aufgaben überfordert, so dass jetzt Herr Hartz das Ruder übernimmt, ohne für das Schiff verantwortlich zu sein.

■ Zuerst passiert vier Jahre nichts, dann werden in Torchlusspanik Vorschläge unter ungeheurem Zeitdruck gezimmert.

■ Am letzten Freitag wusste die Hartz-Kommission selbst noch nicht, auf welchen kleinsten gemeinsamen Nenner man sich einigen würde.

■ Jetzt beschließt das SPD-Parteipräsidium die Vorschläge, von denen Herr Hartz sagt, die Schwierigkeiten liegen in den noch auszuarbeitenden Details.

Vorgabe von Hartz und Schröder: keine Diskussion über Einzelpunkte. Das Konzept muss ganz oder gar nicht kommen.

Nach einer Umfrage vom Wochenende sind 58 % überzeugt, dass die Vorschläge reine Wahlkampf-taktik sind. Von den Arbeitslosen glauben das sogar 86 %. Ein „guter Tag für die Arbeitslosen“ (Hartz) ist nicht die Vorlage des Kommissionsberichts, sondern wird die Abwahl von Rot-Grün am 22. September sein.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind Spiegelbild der Unfähigkeit

und Untätigkeit der Regierung Schröder auf dem Arbeitsmarkt: 52 Gutachten zum Arbeitsmarkt, aber keine Taten. Jetzt auf einmal soll das Ruder total herumgeworfen werden.

Hartz-Vorschläge können das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen

■ Arbeitslose sollen in PersonalServiceAgenturen eingestellt werden. Das bedeutet Verstaatlichung der Arbeitslosigkeit. Es hilft nichts, wenn die Arbeitsverwaltung und damit faktisch der Staat Arbeitslose anstellt. Es ändert sich nichts, wenn Arbeitslose in „Angestellte des Arbeitsamtes“ umgetauft werden und Arbeitslosengeld als Gehalt ausgegeben wird. Dies schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

■ Die sog. Ich-AG macht den Arbeitslosen zum Scheinselbstständigen, der mit staatlicher Unterstützung handwerkliche Tätigkeiten und Dienstleistungen ausübt. Die Gefahr ist groß, dass diese Arbeiten den mittelständischen Unternehmen verloren gehen, die im Gegensatz zur Ich-AG Steuern und Sozialabgaben abführen müssen. So gesehen ist das Ganze nur

ABM mit neuer Überschrift.

■ Über 55-Jährige werden als Arbeitnehmer aufgegeben. Sie werden faktisch aus der Arbeitsvermittlung ausgegrenzt. Ziel muss es aber sein, ältere Arbeitnehmer möglichst lange im Erwerbsleben zu halten, um deren Erfahrungsschatz für die Wirtschaft zu nutzen.

■ Das jüngste Wunderkind ist der „Job-Floater“: Zuerst 150 Mrd. Euro, jetzt 20 Mrd. Euro. Damit sollen Anreize für Unternehmer gegeben werden, Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist ein völlig falsches Verständnis, wie Wirtschaft funktioniert. Ein Elektromeister in Jena richtet einen Arbeitsplatz ein, wenn er entsprechende Aufträge hat, nicht weil sich ein Arbeitsloser mit einem Job-Floater-Gutschein beim ihm meldet. Das wird kein „Job-Floater“, sondern ein „Job-Flopper“!

Auch wo die Hartz-Kommission richtige Grundgedanken aufgreift, ist die Umsetzung unzureichend

■ Die Anreize im Niedriglohn-Bereich beschränken sich auf den Einsatz Arbeitsloser in haushaltsnahen Dienstleistungen. Der Nied-

riglohn-Bereich muss auf breiter Front geöffnet und gefördert werden. Dies werden wir mit unserem Drei-Säulen-Konzept im Niedriglohn-Bereich tun, in dem es keinerlei Einschränkungen auf Branchen und Personen gibt.

■ Zeitarbeit soll nur für den Staat erleichtert werden, nicht für private Zeitarbeitsfirmen. Damit betätigt sich der Staat ohne Not in einem privatwirtschaftlichen Sektor. Er verschafft sich darüber hinaus auch noch Wettbewerbsvorteile gegenüber den privaten Zeitarbeitsfirmen. Auch das ist mehr Staat und weniger Wirtschaft.

Zustimmen kann ich dem Hartz-Vorschlag, der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose. Diesen Vorschlag hat die SPD allerdings im Bundesrat noch vor kurzem abgelehnt.

Die Probleme am Arbeitsmarkt lassen sich nicht dadurch lösen, dass man neue Schlagwörter für alte Denkweisen erfindet: ■ Quick-Vermittlung ■ Job-Floater ■ Bridge-System ■ Ich-AG ■ Trust-Center. Der Grundfehler der Hartz-Kommission liegt in ihrer Staatsgläubigkeit. Wenn man das Wortgeklingel einmal weglässt, bleiben nur neue Milliarden-subsventionen. **UD**

Familie ist unschlagbar!

Wahlplakate, weiß man, sollen provozieren. Dass sie – wie bei der SPD – inhaltlich oft voll danebengehen, weiß man auch – so wie jenes, das „Edmund Stoiber zum Thema Zukunft der Frau“ in eine Ecke stellt, in der er sich nach Meinung der Sozialdemokraten offenbar nur deshalb befindet, weil er mit seiner Frau Karin seit 34 Jahren glücklich verheiratet ist. Dabei ist es so, dass nach wie vor junge wie ältere Leute mehrheitlich sagen, dass sie sich Kinder und Enkel wünschen und zur Ehe stehen. Also betreibt Rot-Grün eine ganz überflüssige Diffamierung dessen, was die Menschen in unserem Land wollen.

Wenn sich junge Menschen in Deutschland im Durchschnitt zwei Kinder erhoffen, dann aber tatsächlich nur 1,3 Kinder geboren werden, muss es an den Bedingungen liegen, die für Familien – für Frauen wie für Männer – offenbar so sind, dass dieser Wunsch nicht in die Tat umgesetzt wird.

Wir müssen erkennen: Eine sich zuspitzende demographische Situation und eine Gesellschaft, in der es



immer weniger Kinder und junge Menschen gibt, gleich einer tickenden Zeitbombe. Dieser Gesellschaft werden auf absehbare Zeit Menschen fehlen, die in Zukunft die Wirtschaft betreiben sowie neue Produkte und Ideen entwickeln. Gleichzeitig fehlen Menschen, die die immer zahlreicher und älter werdenden Menschen versorgen und die generell in der Lage sein werden, die notwendigen Alltagsaufgaben von morgen zu lösen. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Kreativität und nachwachsende Talente.

Die Zukunftsfrage: Balance zwischen Familie und Beruf

Die Politik ist gefragt, eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu

fördern. Frauen wie Männern müssen wir Möglichkeiten anbieten, in ihrer Lebensplanung Familie, Arbeitswelt und gesellschaftliches Engagement möglichst reibungslos miteinander zu verbinden. Deshalb ist die Balance zwischen Familie und Beruf eine Zukunftsfrage. Der Staat soll keinem Menschen vorschreiben, wie er zu leben hat. Erziehung ist Arbeit, und jede Arbeit ist ihres Lohnes wert!

Für mich steht die Ehe als schätzenswerte Institution an erster Stelle. Familie ist eben überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Dazu gehören Ehepaare mit ehelichen und auch mit nicht-ehelichen Kindern ebenso wie Alleinerziehende, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und auch Menschen, die ihre Eltern und andere Verwandte pflegen. Welche Gesellschaft wollen wir? Eine Gesellschaft, in der 30 bis 40 Prozent eines Altersjahrgangs kinderlos bleiben oder eine Gesellschaft, in der Kinder selbstverständlich dazu gehören? Wenn wir Letzteres wollen, führt kein Weg an einer starken ideellen und fi-

nanziellen Familienförderung vorbei.

Dass die Union mit der Konzeption ihres Familiengeldes und der vorzugsweisen Förderung der Eltern in den ersten Lebensjahren ihres Kindes, die richtige Weichenstellung vorgenommen hat, zeigt der am 7. August veröffentlichte DIW-Wochenbericht zum Einkommen von Haushalten mit Kindern. Danach steht Haushalten mit jüngeren Kindern nach wie vor ein viel geringeres Einkommen zur Verfügung als kinderlosen Haushalten. Insbesondere Familienhaushalte von Alleinerziehenden sind finanziell umso schlechter gestellt, je jünger die Kinder sind.

„Will man aus verteilungs- und familienpolitischen Gründen diesen Einkommensrückstand verringern, sollten Eltern in der Phase des höchsten Zeitaufwands für die Betreuung und Erziehung der Kinder finanziell stärker als heute entlastet werden. Zugleich ist der Ausbau institutioneller Kinderbetreuung bereits im Kleinkindalter notwendig“, so der Bericht. Das entspricht unserer Vorstellung von einer individuellen, eigenverantwortlichen Lebensgestaltung in einer modernen Gesellschaft.

In der EU gehört es heute

fast zur Norm, dass in einer Ehe beide Partner erwerbstätig sind – auch mit Kindern. Es ist belegt, dass ein Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit von Müttern besteht. In Frankreich sind es 70 Prozent der Frauen, die ganztags erwerbstätig sind – bei einer Geburtenrate von 1,9 Kinder pro Frau. In Deutschland verbinden nur 30 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren ihre Familienpflichten mit der Erwerbstätigkeit, obwohl es sich viele von ihnen anders wünschen.

■ An der Spitze der Wunschliste: Ausbau der finanziellen Förderung für Familien

Nahezu 80 Prozent berichten, dass sie nach der Geburt ihres ersten Kindes weniger Geld zur Verfügung hatten als zuvor. Jedes zweite Paar musste sich sogar sehr einschränken, wobei sich das monatliche Haushaltseinkommen im Schnitt um etwa 600 € verringerte. Finanzielle Probleme entstehen dann, wenn junge Mütter nach der Geburt ihres Kindes ihre zuvor ausgeübte Ganztagsarbeit aufgeben und Erziehungsurlaub/Elternzeit nehmen – das ist bei

etwa 80 Prozent der Mütter so.

Mir kommt es darauf an, echte Wahlfreiheit zu schaffen, damit Kinder und Beruf kein Widerspruch sind. 5 Prozent unseres Sozialhaushaltes sind es, die wir mit dem Familiengeld mehr ausgeben müssen und wollen. Beginnend im Jahre 2004 soll daher im Endausbau unserer Familiengeld folgende Leistungen umfassen:

- in den ersten drei Lebensjahren: 600 € pro Kind
- vom 4. bis zum 18. Lebensjahr: 300 € pro Kind
- für volljährige Kinder in Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr eine Leistung in Höhe von 150 € pro Kind bzw. 170 € ab dem vierten Kind.

Es soll unabhängig vom Umfang der Erwerbsarbeit und von der Höhe des Familieneinkommens gezahlt werden und die Sozialhilfebedürftigkeit von etwa eine Million Kindern in den Familien verhindern.

Damit Familienpolitik den ihr gebührenden Stellenwert erhält, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes zusammenarbeiten. Dazu will ich auf allen Seiten um Unterstützung und um Lösungen werben, damit die Familie auch im 21. Jahrhundert die attraktivste Lebensform bleibt.

UD

Rot-Grün hat Rentner durch **willkürliche** Rentenanpassung verunsichert

Der CSA-Vorsitzende Horst Seehofer hat Recht mit seiner Kritik an der willkürlichen Rentenanpassung im Jahr 2000.

Nachdem Bundeskanzler Schröder noch im Februar 1999 zugesagt hatte, dass die Renten auch weiter so stark steigen wie die Nettolöhne, hat Rot-Grün Ende 1999 beschlossen, die Rentenanpassungen für die Jahre 2000 und 2001 von der Nettolohnentwicklung abzukoppeln und die Renten nur in Höhe der Inflationsrate anzupassen.



heute ist wegen des Basiseffekts der den Rentner vorenthaltene Geldbetrag auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro angewachsen. Betroffen hiervon sind insbesondere Millionen von Kleinstrentnern.

■ Ende 2001 zunächst der Eingriff von Rot-Grün in die Reserven der Rentenversicherung, um einen Beitragsanstieg im Jahr 2002 von 19,1% auf 19,4% zu verhindern, obwohl die erst ein halbes Jahr vorher verabschiedete Rentenreform für Beitragsstabilität sorgen sollte.

■ Im Juni 2002 dann das Versprechen des Ministers, der Rentenbeitrag von derzeit 19,1% werde im Jahr 2003 nicht ansteigen. Im Bundeshaushalt für 2003 wurde ein Rentenbeitrag von 19,3% eingestellt, und auch die Rentenversicherer rechnen für 2003 mit einem

Rentenbeitrag von 19,3%.

■ Zum 1. Juli 2003 wird den Rentnern bei der Rentenanpassung der Anteil der privaten Alterssicherung – langfristig bis zu vier Prozent – abgezogen. Der Abzug erfolgt bei allen Rentnern ohne Rücksicht darauf, in welchem Umfang die Versicherten privat vorsorgen. Von den 30 Mio. Förderberechtigten haben erst zwei Mio. einen sog. Riester-Vertrag abgeschlossen. Mit anderen Worten: Auch die Rentenanpassung im Jahr 2003 ist reine Willkür.

Wir haben die Rentenanpassung nach Kassenlage abgelehnt

Statt einer Rentenanpassung in Höhe von 1,6% gab es im Jahr 2000 nur eine Anpassung der Renten von 0,6%. Die Union hat diese Rentenanpassung nach Kassenlage abgelehnt.

Hiergegen haben drei Mio. Rentner Widerspruch eingelegt – ein einmaliger Vorgang. Den Rentnern ist damit 1 Mrd. Euro an Rente versagt worden, und bis

Riester in die Box, Seehofer ins Rennen

Da hilft es auch nichts, wenn die Regierung zusammen mit dem Großkapital den Kollegen Seehofer angreift. Man darf nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Anlass für die Verunsicherung der Rentner/innen bleibt die willkürliche Rentenanpassung im Jahr 2000 und im kommenden Jahr. Die Rentenversicherung ist unter Rot-Grün in keinen guten Händen. **UD**

PETER HARRY CARSTENSEN UN KLAUS W. LIPPOLD:

Geld für Bundesprogramm hätte anders besser eingesetzt werden können

Anlässlich der Vorstellung der Zwischenbilanz des Bundesprogramms Ökolandbau erklärten das Mitglied des Kompetenzteams von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bundesministerin Künast hat mit viel Getöse ein Bundesprogramm vorgestellt. Es wirft die Frage auf, wem hier eigentlich geholfen werden soll: dem Ökolandbau oder in erster Linie der Imagepflege der grünen Ministerin? Für Letzteres spricht, dass ein Großteil der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit – sprich Werbung – eingesetzt werden.

Damit geht Künast ihren realitätsfernen Weg der übertriebenen Nachfrageförderung weiter und setzt die gesamte Branche unter Wettbewerbsdruck. Ironischerweise trifft dies gerade die kleinen und die am strengsten nach ökologischen Gesichtspunkten wirtschaftenden Betriebe am härtesten.

Mit dem Bundesprogramm verpufft viel Geld,

das anderweitig sinnvoller hätte eingesetzt werden können. Anstelle der Förderung grüner Propaganda hätte dieses Geld in der einzelbetrieblichen Förderung größere Wirkung für Ökobauern, Umwelt und Verbraucher erzielen können.

Eine unionsgeführte Bundesregierung wird den Ökolandbau selbstverständlich fördern. Die Förderung des Ökolandbaus ist im übrigen keine Erfindung von

Ministerin Künast, sondern wurde schon vor 1998 auf Bundes- und unionsgeführter Länderebene erfolgreich praktiziert.

Eine der wichtigsten Maßnahmen wird sein, die von Ministerin Künast gesenkten Standards im Ökolandbau europaweit auf ein hohes Niveau zu bringen. Nur so kann sich die Biobranche langfristig am Markt etablieren. Hierfür werden wir uns in Brüssel einsetzen.

EUROPÄISCHER KONVENT

Unabhängige Richter sollen Subsidiarität garantieren

-Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik und Leiter der Delegation der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Konvent, **Elmar Brok**, hat sich für die Verankerung der rechtlichen Überprüfbarkeit des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen. Um den Bürgern die Angst zu nehmen, dass Europa „wie eine Krake“ alles an sich ziehe, sollen künftig unabhängige Richter eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips überprüfen können. Zugleich sprach Brok sich dafür aus, die Klagemöglichkeit auf die nationalen Parlamente auszudehnen. So könnte auch eine Mehrheit der Bundesländer über den Bundesrat ihre Rechte geltend machen, sagte der Europapolitiker.

<http://www.bundesfachausschuss.europapolitik.cdu.de>

Rot-grüne Energiepolitik gefährdet Arbeitsplätze

Zu den jüngsten Äußerungen des Bundesumweltministers zur Förderung erneuerbarer Energien erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Berichterstatter für Energiepolitik:

Die erneuerbaren Energien müssen bei der Strom- wie bei der Wärmeversorgung in Deutschland künftig einen größeren Anteil übernehmen. Erklärtes Ziel von CDU/CSU ist die Verdoppelung des bisherigen Anteils der erneuerbaren Energien.

Rot-Grün blendet bei der Förderung erneuerbarer Energien das oberste Kriterium der Effizienz jedoch vollständig aus. Die Äußerungen des Bundesumweltministers belegen, dass die konzeptlose Energiepolitik der Bundesregierung nicht den Ansprüchen einer nachhaltigen Energieversorgung genügt. Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit spielen bei rot-grüner Energiepolitik zu Lasten des Verbrauchers sowie des Standortes Deutschland keine Rolle. – Zu den Aussagen Trittins im Einzelnen:

Deutschland baut seinen Vorsprung als Windkraftweltmeister weiter aus.

FAKT IST: Den entscheidenden Anstoß haben die Vorgängerregierungen mit ihrer gezielten Förderung erneuerbarer Energien im Bereich der Forschung und Entwicklung seit 1983 sowie mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1991 gegeben. Vor diesem Hintergrund konnte Deutschland seine CO₂-Emissionen seit 1990 um 18% senken. Rot-Grün verhindert dagegen mangels ausreichender Forschung sowie ökonomischer Effizienzkriterien bei der Förderung erneuerbarer Energien die Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit.

Mit der erzeugten Strommenge kann die Hauptstadt Berlin rund um die Uhr versorgt werden.

FAKT IST: In Zeiten der Windstille müssen zumeist fossile Kraftwerke Ersatzleistung zur Verfügung stellen. Trittin verschweigt dies bewusst, um damit nicht auf die CO₂-Problematik eingehen zu müssen. Insofern sind Windkraftanlagen nur in Regionen sinnvoll, in denen

ausreichend und kontinuierlich Wind nutzbar ist.

Die Opposition gefährdet mit ihrer Ablehnung erneuerbarer Energien massiv einen boomenden Wirtschaftszweig, mittelständische Existenzen und rund 120.000 Arbeitsplätze.

FAKT IST: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich mit Nachdruck für die Förderung erneuerbarer Energien aus. Diese Förderung, die eine breite und kontinuierliche Energieforschung voraussetzt, muss sich jedoch an ökonomischen wie ökologischen Effizienzkriterien orientieren. Die seit Anfang der 90er Jahre entstandenen Arbeitsplätze entfalten für den Wirtschaftsstandort Deutschland nur dann ihre positive Wirkung, wenn sie auf absehbare Zeit subventionsfrei, d.h. die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig werden. Wenn der Bundeswirtschaftsminister selbst die Subventionen pro Arbeitsplatz und Jahr in der Windenergie-Industrie auf 150.000 Euro beziffert, besteht hier deutlich Handlungsbedarf.

UD

24 PARTEIEN mit Landeslisten stellen sich am 22. September zur Bundestagswahl, hat in Berlin der Bundeswahlleiter bekannt gegeben. Wie bei den Wahlen vor vier Jahren treten CDU, CSU, FDP, SPD, Grüne und PDS an. Von den weiteren 18 Parteien tritt nur die NPD bundesweit an. Die „Schill-Partei“ nimmt zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teil und ist ebenfalls außer in Sachsen-Anhalt in allen Bundesländern vertreten.

EIN MISERABLES Zeugnis stellen nach einer Umfrage von Infratest-dimap für die „Welt am Sonntag“ 71 Prozent der Deutschen der Reformpolitik der rot-grünen Schröder-Regierung aus. Einhelliges Urteil: gescheitert. Unter den Arbeitern ist die Unzufriedenheit mit Schröders Politik am größten. 90 Prozent von ihnen vermissen den Erfolg.

FÜR EINEN WECHSEL nach der Bundestagswahl am 22. September haben sich nach einer Emnid-Umfrage 58 Prozent der Deutschen ausgesprochen. Damit ist die Mehrheit der Befragten der Meinung: „Die jetzige Bundesregierung hat nicht genug Ideen und Durchsetzungskraft, um das Land weitere vier Jahre regieren

Klose: Was machen wir, wenn Saddam Israel mit Raketen beschießt?

Im Gegensatz zu Wahlkampf-Äußerungen des Bundeskanzler hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Hans-Ulrich Klose (SPD), darauf hingewiesen, dass bereits die UN-Resolution Nummer 1284 vom Dezember 1999 militärischen Druck zur Durchsetzung der Rüstungskontrollen im Irak erlaube: „Es hilft nicht weiter, wenn man nur bitte, bitte sagt.“ Für Klose stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage: „Was machen wir zum Beispiel, wenn Saddam Hussein abermals Israel mit Raketen beschießt oder Massenvernichtungswaffen einsetzt?“

zu können. Daher brauchen wir eine neue Regierung.“

52 PROZENT der SPD-Wähler meinen, die Union habe gute Chancen, die Bundestagswahl zu gewinnen. Unter den Anhängern der Grünen glauben das sogar 65 Prozent. In der Gesamtbevölkerung sind es 68 Prozent, die der Union mit Kanzlerkandidat Edmund Stoiber zutrauen, die Wahl am 22. September für sich zu entscheiden.

ARBEITSLOSIGKEIT abbauen ist nach Meinung von Arbeitgeberchef Dieter Hundt nur dann möglich, wenn der Kündigungsschutz gelockert wird. Da es selbst in wirtschaftlichen Notzeiten kaum möglich ist, sich von einem Arbeitnehmer zu trennen, weigern sich Unternehmen, selbst vorhandene Arbeitsplätze zu besetzen. Der

geltende Kündigungsschutz sei auf diese Weise immer mehr zu einem Beschäftigungshindernis geworden.

78 PROZENT der Deutschen sind nach einer Emnid-Umfrage der Meinung, dass die Freiflug-Affäre der rot-grünen Bundesregierung geschadet hat. Unter den Sympathisanten der Grünen sind es sogar 94 Prozent, die Rot-Grün durch den Betrug beschädigt sehen.

ALS SONDERFALL im EU-Europa hat sich die Konsum-Zurückhaltung der Verbraucher in Deutschland entpuppt. Nach neuesten Zahlen des Europäischen Statistikkamts Eurostat lag der Absatz des deutschen Einzelhandels im Mai um 2,7 Prozent unter dem Volumen von vor einem Jahr. EU-weit schafften die Einzelhändler dagegen ein Plus von 1,6 Prozent. **UD**

PETER GÖTZ:

Wir werden nach der Wahl **sofort** die Gewerbesteuerumlage **senken**

Zum dramatischen Absturz der kommunalen Haushalte erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ende Juli haben drei Katastrophenmeldungen Schlagzeilen gemacht:

■ Die „Pleite“ der vor kurzem noch reichen Stadt München schockierte. Die Schröder-„Steuerreform“ zwang München zur Rückzahlung von 500 Mio. € an Unternehmen in der Stadt. Ergebnis: Haushaltssperre an der Isar. SPD-Oberbürgermeister Ude griff Schröder und Eichel frontal an.

■ Das Statistische Bundesamt veröffentlichte die Haushaltsergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik für das erste Quartal 2002. Nach dem katastrophalen Jahr 2001 sanken die kommunalen Steuereinnahmen noch einmal um 8,2 Prozent gegenüber dem Ergebnis des Vorjahresquartals. Wieder waren die Gemeinden und nicht Bund oder Länder die größten Verlierer.

■ Der Deutsche Städtetag machte die Ergebnisse seiner Gewerbesteuerumfrage

für das erste Halbjahr 2002 bekannt. Nach dem dramatischen Einbruch dieser wichtigsten kommunalen Steuer im Jahr 2001 um durchschnittlich 11,5 Prozent setzt sich die Talfahrt beschleunigt fort. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum lagen die Gewerbesteuerentnahmen im Bundesdurchschnitt noch einmal um 13,6 Prozent niedriger. Im 2. Quartal 2002 betrug das Minus sogar 19,2 Prozent.

Das sind Katastrophen-

zahlen, aber Schröder tut immer noch nichts.

CDU und CSU haben klare Wege aufgezeigt:

■ Wir werden nach der Wahl sofort die Gewerbesteuerumlage senken.

■ Wir werden eine umfassende Gemeindefinanzreform machen.

■ Wir werden die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen wieder gewährleisten. Das steht in der Verfassung, und dafür stehen CDU und CSU.

KLAUS W. LIPPOLD:

SPD plant offenbar weitere **Einschnitte** bei Eigenheimzulage

Anlässlich von Presseberichten über ein Positionspapier zur Wohnungs- und Städtebaupolitik von Arbeitskreisen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Verdacht, dass die SPD weitere Kürzungen bei der Eigenheimzulage plant, erhärtet sich:

Schon im Regierungsprogramm der SPD findet sich der Hinweis, dass dem Stadtumbau Vorzug vor dem Neubau gegeben werden soll. Die jetzt veröffentlichten Positionen des Arbeitskreises der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine Senkung der Eigenheimzulage vorsehen, ist vor dem Hintergrund des stagnierenden Wohnungsbaus scharf zu kritisieren.

Die Bildung von Wohneigentum ist ein wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden. Er entlastet den Markt für Mietwohnungen und trägt zur privaten Vorsorge im Alter bei. Die Senkung der Eigenheimzulage ist unsocial, weil sie vor allem Familien trafe und diese gegenüber Investoren, die steuerliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen können, benachteiligen würde.

Die Unionsfraktion spricht sich hingegen für die Stärkung der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in Neubau und Bestand, die familienfreundliche Gestaltung der Eigenheimförderung und die wirksame Einbindung des Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge aus.

NORBERT GEIS:

Anlegerschutz als Wahlkampfmaschine

Zu der Ankündigung von Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin, einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Anlegerschutzes auf den Weg bringen zu wollen, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Bundesjustizministerin will die Enttäuschung, die viele Kleinanleger in den vergangenen zwei Jahren am Aktienmarkt erlebt haben, für Wahlkampfzwecke nutzen. Bereits der Umstand, dass ein Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes erst nach der Bundestagswahl verabschiedet werden soll, ist ein Beleg für die bisherigen Versäumnisse der Bundesregierung.

Die Vorstellungen von Ministerin Däubler-Gmelin

weisen indes auch inhaltlich in die falsche Richtung, indem sie eine Tendenz zu Sammelklagen nach US-amerikanischem Vorbild eröffnen. Der einzelne Anleger hätte davon nur einen scheinbaren Nutzen, weil der individuelle Rechtsanspruch geschwächt würde. Diejenigen, die sich an einer Sammelklage nicht beteiligen, hätten es künftig noch schwerer, etwaige Schadensersatzansprüche durchzusetzen.

GEORG BRUNNHUBER:

Schröder auch verkehrspolitisch am Ende

Zum Stopp von Ausschreibungen und Vergaben durch den Bundesverkehrsminister erklärte der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Begründet wird diese Maßnahme, der wichtige Ortsumgehungen zum Opfer fallen werden, durch die nicht zustande kommenden Einnahmen der Lkw-Maut ab 1. Juni 2003. Die Bundesregierung hat zwar entsprechende Kritik der CDU/CSU-Arbeitsgruppe im Frühjahr abgewiegt, doch jetzt muss Verkehrs-

minister Bodewig den Offenbarungseid leisten. Nach dem Haushaltsgesetz darf keine Vergabe von Baumaßnahmen erfolgen, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Dies betrifft vor allem Maßnahmen des Zusatzinvestitionsprogramms.

Damit ist die Regierung Schröder auch verkehrspolitisch am Ende. Angesichts von Hunderttausenden von arbeitslosen Bauarbeitern und Zehntausenden von vor der Insolvenz stehenden Baufirmen ist der Ausschreibungs- und Vergabestopp eine Katastrophe auch für den Arbeitsmarkt. 

Frau Schmidt behauptet **munter weiter:** Keine Einnahmeprobleme

Zu den Äußerungen der Bundesgesundheitsministerin über die Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied in Stoibers Kompetenzteams:

Die Gesundheitsministerin verkennt völlig die Realität der finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Gegensatz zu ihr bestätigen die Krankenkassen eine negative Einnahmementwicklung und drohende Beitragssteigerungen. Bereits vor einem Jahr gab Ministerin Schmidt die gleichen Fehlprognosen ab und kurz darauf folgte eine Flut von Beitragserhöhungen.



Vorwürfe der Kassen

- So wirft die AOK Baden-Württemberg der Bundesgesundheitsministerin „Realitätsverleugnung“ und „Politikverweigerung“ vor.
- Der AOK-Bundesverband bestätigt, dass die gestiegene Arbeitslosenzahl



und die rückläufigen Beitragseinnahmen das Kernproblem der finanziellen Misere sind.

- Die Innungskrankenkassen bestätigen, dass alle Kassenarten unter „extremem finanziellen Druck“ stünden.

- Keine Krankenkasse sieht sich im Stande, Beitragssteigerungen auszuschießen.

Trotz dieser eindeutigen Aussagen der Krankenkassen behauptet Ministerin Schmidt weiterhin munter, dass es kein Einnahmeproblem gäbe. Vielmehr erhebt sie schlimme Anklagen gegen die Ärzte und wirft diesen vor, durch mangelnde Qualität die finanzielle Lage der Krankenkassen zu verschlechtern. Dies ist absurd und zeigt, dass Ministerin Schmidt jetzt vollends neben der Spur ist.

Spendenkonto für die Opfer der Hochwasserkatastrophe

(Überweisungsvordrucke liegen bei Banken und Sparkassen bereit): ■ Caritas International, Kennwort: Hochwasser, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 660 205 00, Kto. 202 ■ Deutsches Rotes Kreuz, Kennwort: Nachbarn in Not, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, Kto. 41 41 41 ■ Diakonisches Werk, Kennwort: Hochwasser, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kto. 502 707 ■ Die Johanniter, Kennwort: Hochwasser, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Kto. 88 88 ■ Sachsens Ministerpräsident Georg Milbrath hat ein Spendenkonto für Sachsen eingerichtet: Kennwort: Flutkatastrophe Sachsen, Stadtparkasse Dresden, BLZ 850 55 142, Kto. 348 035 100,

DIETRICH AUSTERMANN:

Rot-Grüne Regulierungswut wird erst noch **ausgebadet** werden müssen

Zur Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In diesem Sommer sind eine Viertelmillion Menschen mehr arbeitslos als vor einem Jahr. Saisonbereinigt liegt die Arbeitslosenzahl mit 4,105 Millionen schon über der Zahl der Arbeitslosen im Oktober 1998 bei Gerhard Schröders Amtsantritt (4,102 Millionen). Gleichzeitig sank auch die Zahl der Erwerbstätigen um 220.000 unter den Vorjahresstand. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten noch schlimmer werden. Das ganze Ausmaß verfehlter rot-grüner Regulierungswut wird der Arbeitsmarkt noch ausbaden müssen.

Besonders bedrückend ist, dass die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands überproportional ansteigt; sie liegt dort mit 18 % mehr als doppelt so hoch wie im Westen Deutschlands (7,8 %). Deshalb verwundert es sehr, wenn man der neuesten Finanzstatistik der Bundesanstalt für Arbeit entnehmen



kann, dass die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld um fast 370 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind, während sie im Westen im Vergleichszeitraum um fast 1,4 Mrd. Euro anstiegen.

Ich fordere den Bundesarbeitsminister auf zu erklären, warum die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld im Osten, wo die Arbeitslosigkeit besonders stark ansteigt, zurückgehen, während sie im Westen deutlich ansteigen, obwohl dort die Arbeitslosigkeit weniger stark ansteigt. Möglicherweise führt das von Riester so hoch gelobte Job-Aktiv-Gesetz in besonders vielen „ost-spezifischen“ Fällen zum Leistungsausschluss.

Die Aufwendungen für ABM sind im Osten um fast 360 Mio. Euro zurückgegan-

gen, im Westen lediglich um knapp 105 Mio. Euro. Offensichtlich wird im Osten zur Begrenzung des BA-Defizits stärker gespart als im Westen.

Der Bundesarbeitsminister hat angekündigt, „die Bundesregierung“ werde das Überbrückungsgeld in diesem Jahr um „zusätzlich“ 145 Mio. Euro und im nächsten Jahr um 70 Mio. Euro aufstocken.

Überbrückungsgeld erhalten Arbeitnehmer, die Anspruch auf Lohnersatzleistungen haben und Arbeitslosigkeit dadurch beenden oder vermeiden, dass sie eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen. Dass die Bundesregierung die Aufnahme einer solchen Tätigkeit stärker fördern will, wird von der Opposition ausdrücklich begrüßt. Die Bundesregierung hat spät eingesehen, dass die Gründung mittelständischer Existenzen eines der erfolgreichsten Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Die Zahl der Selbstständigen und Mittelständler, die in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufig war, muss dringend wieder gesteigert werden.

UD

Christian Wulff mit dem bisher besten Ergebnis im Amt **bestätigt**

Mit diesem Ergebnis hat er selber nicht gerechnet: 93,8 Prozent der Delegierten haben Christian Wulff am 9. August auf dem Landesparteitag erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Damit wird deutlich: Die Niedersachsen-CDU steht wie ein Mann hinter ihrem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten. Geschlossen und entschlossen geht es jetzt in den Bundes- und anschließend in den Landtagswahlkampf.

Gut eineinhalb Stunden lang hatte Wulff zuvor in einer teils kämpferischen,



„...1383 Tage, in denen Deutschland die Lok verließ, seither dem Zug hinterherläuft und krampfhaft versucht, mit Schulden im Gepäck und der Laterne in der Hand auf den Schlafwagen aufzuspringen. Und der Ober-schaffner mit der ruhigen Hand liegt im Schlafwagen und wartet auf Dienstschluß.“

LANDESPARTEITAG
SETZT SIGNAL DER
GESCHLOSSENHEIT
UND ZUVERSICHT

teils nachdenklichen Rede die Delegierten eingeschworen. Scharf rechnete er mit der verfehlten SPD-Politik in Berlin und Hannover ab. Mit Blick auf die Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum in Europa sagte Wulff: „Bei Schröder sind immer die anderen schuld: kalte Winter, knauserige Verbraucher, knickerige Investoren, argentinische Banken, Brüsseler Bürokraten und die Amerikaner sowieso.“ Alles nach dem Motto: Hätte der blöde Brunnen da nicht rumgestanden, dann wäre das Kind auch nicht reingefallen!

Abgewatscht wurde auch SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, der wegen der rot-grünen Bonusmeilenaffäre gegen *Bild* Strafanzeige gestellt hatte: „Wenn SPD-Skandale aufgedeckt werden, werden die Journalisten verklagt. Geht es in der Presse gegen die

CDU, schlägt Müntefering den Journalisten für den Pulitzer-Preis vor.“

Auch Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel bekam sein Fett weg: „Die Schule ist für die Schüler da, nicht dafür, daß der Ministerpräsident Schlagzeilen produziert“, kanzelte Wulff Gabriels nahezu täglich neuen Vorstöße in Sachen Schulpolitik ab.

Der CDU-Spitzenkandidat schlug in seiner Rede auch nachdenkliche Töne an. So bedeute für ihn politische Verantwortung auch, Pflichten zu erfüllen: die Pflicht zur Wahrheit, die Pflicht zum Mut und die Pflicht zur Treue. Dies seien für ihn zwar unbequeme Pflichten, aber lohnende. Denn die Menschen hätten einen Anspruch darauf, daß sie und ihre Bedürfnisse wieder ernst genommen würden.

An der Niedersachsen-CDU werde es jedenfalls nicht liegen, wenn es am 22. September um den Wahlsieg im Bund gehe. Spätestens da riß es die Delegierten von ihren Sitzen. Mit stehendem Beifall beklatsch-



”

„Die Wahlplakate der SPD sind doch symbolisch: Schröder arbeitend am Schreibtisch: „Das Ziel meiner Arbeit? Daß alle Arbeit haben“. Bitte keine Drohungen, Herr Schröder! Wenn er mit der ruhigen Hand vier Millionen Arbeitslose hingekriegt hat – nicht auszudenken, wie viele Arbeitslose wir hätten, wenn er erstmal anfängt zu arbeiten!“

”

„Bei der Jagd nach der täglichen Schlagzeile hat Gabriel so ziemlich jede Position vertreten – und das Gegenteil davon. Dieser Ministerpräsident ist an mehr Orten zugleich gesichtet worden als Elvis Presley nach seinem Tod.“

ten sie den Mann, der „mit Mut und Verlässlichkeit“ und mit einem starken Team antritt, um Ministerpräsident zu werden. Geschlossen wie nie steht der zweitgrößte Landesverband der CDU hinter seinem Vorsitzenden.

Auch Journalisten attestieren Wulff neben rhetori-

scher Kraft Geschick im Umgang mit Medien – und im Land einen höheren Bekanntheitsgrad als der Amtsinhaber: für einen Oppositionsführer ganz unüblich. Wulff genoß den Beifall sichtlich, freute sich aber auch über das hervorragende Wahlergebnis seines neuen Generalsekretärs.

Mit großem Beifall wurde der bisherige Generalsekretär Hartwig Fischer von den Delegierten verabschiedet. Er legt sein Amt nach 16 Jahren nieder und kandidiert im September im Wahlkreis Göttingen für den Bundestag.

Bombenerfolg für seinen Nachfolger: Nach fulminanter Vorstellungsrede erhielt David McAllister 97,9 Pro-

zent der Delegiertenstimmen. Der 31 jährige Landtagsabgeordnete aus Bad Bederkesa ging umgehend zum Angriff auf die Landesregierung über: „Wir brauchen endlich einen Ministerpräsidenten mit Visionen, mit Seriosität, mit Detailwissen und mit Engagement für unser Land – und nicht diesen rastlosen Dampfplauderer aus Goslar“, rief er in den Saal.

Am Sonnabend nachmittag ging das Fest weiter: Auf dem Celler Marktplatz sprach Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber, und rund 4000 Menschen hörten ihm zu: Es sieht gut aus für die Union in Bund und Land. Aber: Die Wahl ist noch nicht gewonnen; der Wahlkampf geht weiter. **UID**



SCHRÖDER

Akt der Verzweiflung

Die Karawane wird belagert, also entscheidet der Chef: Versuchen wir einen Blitzangriff – jetzt und sofort. Es könnte ein wagemutiger Schritt sein. Es könnte aber auch ein Symptom der Verzweiflung sein. Gerhard Schröder hat mit einer ungeschriebenen, aber eisernen Regel der deutschen Politik gebrochen: Kein Wahlkampf im August.

Il Messaggero (Rom)

Er wird verlieren

Erscheint ziemlich sicher, dass Bundeskanzler Schröder die Mehrheit für seine rot-grüne Koalition am 22. September verlieren wird. Das Experiment mit den Grünen bleibt nur ein Zwischenspiel. Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind bei Wahlen ausschlaggebend. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch, und die Wähler sind tief enttäuscht. Sollte

die Rückkehr zum sicheren bürgerlichen Stamm die innere Stimmung in Deutschland verbessern und Optimismus erzeugen, dann wäre das allein schon Grund genug, eine neue Regierung unter Edmund Stoiber willkommen zu heißen.

Jyllands-Posten (Århus)

Zu wenig und zu spät

Wenn er die Bundestagswahl am 22. September verliert, wird Gerhard Schröders politische Grabinschrift ohne Zweifel lauten: Zu wenig und zu spät. Die ersten 18 Monate hat seine rot-grüne Regierung mit internen Streitigkeiten vergeudet. Die Reform des Arbeitsmarktes – das größte strukturelle Problem überhaupt – bis ganz zum Schluss aufzusparen, damit hat Schröder Gleichgültigkeit und mangelndes Engagement an den Tag gelegt.

Financial Times (London)

Ultimo

Wer lange Zeit mit ruhiger Hand regiert und Reformen

vor sich her schiebt, wirkt sieben Wochen vor Ultimo mit der jetzigen „Ruhe-raus- und Tempo-rein-Aktion“ wenig überzeugend. Da muss etwas her, was das Wahlvolk wieder an seine Macherqualitäten glauben lässt, etwas Konkretes, Handfestes. Doch so einfach wie vor vier Jahren geht das nicht; ■ denn viele Versprechen – vom Arbeitsmarkt bis zur Rente – wurden gebrochen; ■ und dem Spitzenkandidaten ist auch einiges von seiner Fortune und seinem Selbstvertrauen abhanden gekommen.

Leipziger Volkszeitung

HARTZ

Zur PR-Maschinerie der Regierung Schröder verkommen

Schröders Wunderwaffe hat wieder zugeschlagen. Pünktlich zum hektisch vorgezogenen Auftakt der heißen Phase des SPD-Wahlkampfes greift VW-Personalvorstand Peter Hartz die bisherigen Uni-

Gründungsjahr 1929

onsthemen Konjunkturprogramm Ost, Mittelstandsförderung und Amnestie für reuige Steuersünder auf und verbindet sie elegant zu einem bunten Blumenstrauß: Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau soll Anleihen im Wert von 150 Milliarden Euro auflegen. Mit diesem Geld sollen Investitionen im Osten gefördert werden und so eine Million Jobs entstehen. Klingt verlockend – doch tatsächlich bleiben viele Fragen offen. Fehlt es dem Osten tatsächlich an Milliarden? Welche Folgen hätte eine solche Anleihe auf den Kapitalmarkt? Was sagt Brüssel zu solchen Subventionen nach dem Gießkannenprinzip? Angesichts der vielen Fragezeichen ist die Halbwertszeit dieser Hartz-Idee sicher gering. Doch ihr Ziel, nämlich die Bonusmeilen-Affäre von den Titelseiten zu verdrängen, dürfte sie erreicht haben. Damit wird offensichtlich, dass die Hartz-Kommission längst zu einer PR-Maschinerie der Regierung Schröder verkommen ist.

Handelsblatt

DER DEUTSCHE WEG, von dem Bundeskanzler Schröder seit ein paar Tagen spricht, führt – wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. August mitteilt – „offenbar bis nach Bagdad“. Im Fernsehsender *Abu Dhabi-TV* hat es Schröders Satz „Mit uns wird es keine Abenteuer im Irak geben“ bis zum Aufmacher gebracht. Arabische Übersetzung: „Wir sind gegen das, was die amerikanische Regierung vorhat.“ Nur kurze Zeit später läuft die Meldung auch im irakischen Fernsehen. Schröders Foto wird eingeblendet, und der Sprecher sagt: „Gerhard Schröder will nicht gegen unser Land kämpfen.“ FAZ-Abbinder: „Schröder lächelt auf dem Bild. So, wie man sich das im Wahlkampf vorstellt.“

AL-AQSA

 Warum erst jetzt das Verbot?

Mit dem Verbot des Spendensammelvereins Al-Aqsa hat Bundesinnenminister Otto Schily zum ersten Mal von den erweiterten Verbotsmöglichkeiten des Terrorismusbekämpfungsgesetzes Gebrauch gemacht. Man fragt sich aber, warum erst jetzt und warum nur gegen diesen Verein? Der Verfassungsschutzbericht 2001 beziffert die Anhängerschaft islamistischer Gruppierungen

in Deutschland immerhin auf rund 3.100 Personen. 250 davon sind Sympathisanten der radikalislamischen Terrorgruppe Hamas. Sollte Al-Aqsa seine Millionen in die Sozialstrukturen der Hamas einfließen lassen, so trägt der Verein zum täglichen Terror gegen Israel bei; denn die Gelder gehen an die Familien palästinensischer Selbstmordattentäter. Solche Institutionen dürfen in Deutschland keinen sicheren Hafen finden. Denn sie missbrauchen unter dem Deckmantel humanitärer Arbeit den Rechtsstaat für ihre möderischen Ziele. Die Welt



Leporello „Wirtschaftswachstum“

Bestell-Nummer: 2813
Preis je 100 Stück: 15,00 €
inkl. MwSt.: 16,05 €



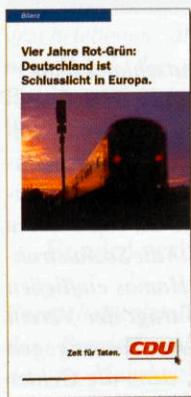
Broschüre „Jugend“

Bestell-Nummer: 5788
Preis je 25 Stück: 6,40 €
inkl. MwSt.: 6,85 €



Broschüre „Im Osten was Neues.“

Bestell-Nummer: 5824
Preis je 50 Stück: 13,00 €
inkl. MwSt.: 13,91 €



Leporello | „Vier Jahre Rot-Grün: Deutschland ist Schlusslicht in Europa.“

Bestell-Nummer: 2862
Preis je 100 Stück: 16,50 €
inkl. MwSt.: 17,66 €

Broschüre „Zeit für Taten.“ Mitgliederwerbung

Bestell-Nummer: 5932
Preis je 100 Stück: 21,50 €
inkl. MwSt.: 23,00 €





Broschüre „Jugend“

Bestell-Nummer: **5788**
 Preis je **25 Stück: 6,40 €**
 inkl. MwSt.: 6,85 € Unionsgeführte Länder
 belegen:
 Man kann auch gut regieren

Bestell-Nummer: **2865**
 Preis je **50 Stück: 15,25 €**
 inkl. MwSt.: 16,32 €



„Andere Umstände erfordern bessere Politik.“

Bestell-Nummer: **2879**
 Preis je **100 Stück: 20,00 €**
 inkl. MwSt.: 21,40 €



Aktionsleitfaden zur Familienpolitik

Bestell-Nummer: **249651**
 Preis je **20 Stück: 20,00 €**
 inkl. MwSt.: 21,40 €

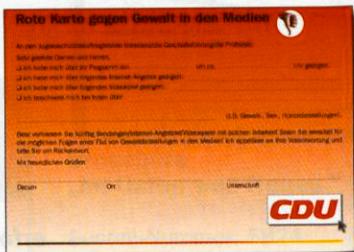


Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Broschüre „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“

Bestell-Nummer: 5917
Preis je 50 Stück: 11,50 €
inkl. MwSt.: 12,30 €



Postkarte „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“

Bestell-Nummer: 29972
Preis je 100 Stück: 3,30 €
inkl. MwSt.: 3,83 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.